

Deutschland.

Berlin, 8. Mai. Sr. Maj. der König wohnte am Fuß- und Bettlage mit den Prinzen und Prinzessinnen dem Gottesdienste im Dome bei, nahm darauf einige Vorträge entgegen und fuhr Mittags mit den Prinzen und der Prinzessin Karl nach Potsdam. Dort begrüßte der König zunächst die Frau Kronprinzessin im Neuen Palais, besichtigte hierauf die neuen Anlagen im Park von Babelsberg und kehrte um 5 Uhr von Potsdam nach Berlin zurück. Gestern Morgens empfing der König den kommandierenden General des 7. Armeekorps v. Bastrow aus Münster, den Generalmajor Prinzen Kraft zu Hohenlohe-Ingelfingen, welcher sich zur Inspektion nach Wittenberg begibt, den aus Stuttgart hier eingetroffenen Chef des Generalstabes Oberst v. Sudow, mehrere sächsische Offiziere, welche den Exercitien des Gardekorps beizubringen wollen, und den bei Staffyl schwer verwundeten Hauptmann v. Horst vom 58. Infanterie-Regiment und arbeitete dann mehrere Stunden mit dem General v. Moltke und v. Pöhlert und dem Chef des Militär-Kabinetts v. Trechow. Nach einer Konferenz mit dem Minister-Präsidenten Grafen Bismarck speiste der König bei dem Prinzen Alexander. Heute Vormittags besichtigte der König auf dem Tempelhofer Felde das Garde-Füsilier-Regiment, das Garde-Schützen- und das Garde-Pionier-Bataillon.

Der Kronprinz hat seine Rückkehr aus Italien nach Berlin für den 13. Mai in Aussicht gestellt.

Das Musikcorps des Garde-Feld-Artillerie-Regiments brachte gestern — als an dem Jahrestage des bekannten Attentats — dem Grafen Bismarck eine Morgenmusik.

Das Unwohlsein des Hrn. v. Beust, bestehend in einer Art Darm-Kolik und gallischen Erbrechen, ist schon nach kurzer Zeit gehoben worden. Die Symptome sollen derartige sein, als ob eine unvorsichtige Hand dem Reichkanzler ein Konfordsatzenndliches Pulvergemisch hätte.

In den Kreisen der Abgeordneten unterhält man sich von einer sehr lebhaften Scene, welche während der Sitzung vom 3. Mai zwischen den Abgg. Liebknecht und Braun anlässlich der Erwerbslosen Angelegenheit spielte.

Nachdem den Dissidenten im ehemaligen Königreich Hannover die Erschießungen durch das Gesetz erleichtert sind, mehren sich in dieser Provinz die Erschießungen des Austretens aus der Landes- kirche und die Bildung freireligiöser Gemeinden ist an mehreren Orten erfolgt.

Die Meininger Regierung hat mit dem Bundespräsi- dentium einen Vertrag abgeschlossen, wonach diesem die Anstellung der Telegraphenbeamten im Herzogthum ausschließlich aussteht, die Mei- ninger Beamten dagegen im ganzen Bundesgebiet anstellungsberech- tigt sind; ferner ist ein Vertrag mit der preussischen Regierung ab- geschlossen, wonach der seit 1859 bestehende Vertrag über die gegen- seitigen Gerichtsbarkeitsverhältnisse auch auf die neuen Provinzen Preußens ausgedehnt wird.

Frankreich und Oesterreich verstärken ihre Geschwader im ägäischen Meere, da der türkische Aufstand wieder wächst, und das Piratenhum, das in jenen Gewässern niemals ganz er- storben war, von der Injurien zu neuen Operationen ermutigt wird. Ein österreichisches Rauffahrtschiff ist kürzlich in der Nähe von Kreta von bewaffneten Booten angegriffen worden, und hat sich mit genauer Noth gerettet.

Berlin, 8. Mai. Den Klagen, welche in Bezug auf die Kreditnoth sowohl auf dem Gebiete des Real- als des Perso- nalkredits aus allen Landestheilen, aus den neuen nicht minder wie aus den alten, erschallen, hat die Königl. Staatsregierung die erste Aufmerksamkeitsgewandtheit. Nach zwei Richtungen hin, nämlich nach einer mehr theoretischen und nach einer mehr prak- tischen, wird davon Zeugnis gegeben. In erster Beziehung ist ein Staatssekretär herausgegebenes Werk zu nennen, welches neuerdings bei Decker erschienen und dem „Staatsanwalter“ beigegeben ist, betitelt: „Literatur über das Hypothekendarlehen des preussischen Staats.“ Diese 173 Seiten in Oktav umfassende Schrift enthält eine Zu- sammenstellung nicht nur aller auf das Hypothekendarlehen im Allge- meinen bezüglichen und im Besonderen über das des preussischen Staats vorhandenen Werke, sondern auch alle in Reichstagen, Landtagen, Kongressen und Kollegien über diesen Gegenstand ge- pflogenen Verhandlungen, sowie die wichtigeren in Zeitungen hier- über erschienenen Artikel mit gedrängter Wiedergabe ihres schließ- lichen Inhalts. Dem Herausgeber dieser mühevollen literarischen Arbeit gebührt Dank und Anerkennung. Demnach hat nach anderer Seite hin die Regierung eine Kommission unter dem Vor- sitz des Herrn Geheimen Finanzraths Wolny niedergesetzt, welche als Enquete über das Hypothekendarlehen Sachver- ständige zu hören hat. Die den Sachverständigen vorgelegten Fragen sind folgende:

I. Welche sind zur Zeit die Bedürfnisse des Grundbesitzes in Bezug auf den Hypothekendarlehen, und können diese Bedürfnisse allein, event. in wie weit durch die Errichtung von Bankinstitutionen befriedigt werden, oder bedarf es dafür auch einer Veränderung der Hypothekenordnung und der sonstigen auf das Hypothekendarlehen bezüglichen Gesetzgebung, so- wie der Bestimmungen über die Exekution in Grundstücke, in Konfessions- ertheilungen, über die Ausstellung von Papieren, welche eine Zahlungsver- pflichtung an jeden Inhaber enthalten? II. Ist die Errichtung von Bank- institutionen überflüssig oder ausschließlich der Privatindustrie zu überlassen oder wird es als Aufgabe der Staatsgewalt anerkannt, die qu. Angelegen- heit in Anbetracht der tiefgreifenden Bedeutung ihrerseits in die Hand zu nehmen? III. Auf welcher Grundlage haben die der Förderung des Real- kredites gewidmeten Privat-Institute — Vereinbarungen der kreditgebenden Grundbesitzer und Aktien-Gesellschaften — die Erfüllung ihrer Aufgabe in Angriff zu nehmen, ist insbesondere der von der Mehrzahl solcher Institute gewählte Weg der Gewährung unpfändbarer Darlehen zu einem unveränder- lichen, möglichst billigen Zinsfuß an den Grundbesitzer unter der von Letzterem zu übernehmenden Verpflichtung der Amortisation, der Ausgabe auf jeden Inhaber lautender, von Seiten des Inhabers unpfändbarer Schuld- verreibungen mit unveränderlichem Zinsfuß bei Uebnahme der princi-

paleu oder accessorischen Verbindlichkeit von Seiten des Instituts als der richtige anzuerkennen? IV. Können zur Erreichung des Zweckes der be- zeichneten Institute anderweitige Mittel mit der Aussicht auf günstigere Er- folge vorgeschlagen werden, würde etwa namentlich, event. unter welchen Voraussetzungen und mit welchen Maßgaben von der Unpfändbarkeit der Darlehne oder der auszugebenden Schuldverschreibungen, von der Unver- änderlichkeit des Zinsfußes oder von der Verpflichtung des Grundbesitzers zur Amortisation abgesehen werden können? V. Worin sind die Ursachen zu suchen, aus welchen der Zweck der gedachten Institute bisher nur auf unvollkommene Weise erreicht worden ist? Liegen diese Ursachen namentlich: A. in der Benutzung ungeeigneter oder unzureichender Mittel, B. in all- gemeinen Verkehrs- oder wirtschaftlichen Verhältnissen, vorzugsweise in solchen, welche die Unpfändbarkeit des Grundbesitzes, die Konfurrenz mit dem Handel und der Industrie in der Höhe des Zinsfußes zu bestehen, zur Folge haben, C. in der bestehenden Organisation der Institute, insbeson- dere: a) in ihrer auf gewisse räumliche Bezirke oder auf gewisse Klassen des Grundbesitzes begrenzten Wirksamkeit, b) in der Schwerfälligkeit oder Komplexität der Verwaltung, c) in der Unzulänglichkeit oder Unberechnig- keit der bei Ermittlung der befehlungsfähigen Werthe zu Grunde zu legenden Vorschriften, D. auf administrativem Gebiet, besonders insoweit a) die Art und Höhe der Beschlüssen, b) die Vermögensverwaltung der Institute, c) der gleichzeitige Betrieb von Handels- und anderweitigen Ge- schäften gewissen grundsätzlichen Bestimmungen (Normativbestimmungen) unterworfen ist? VI. In welchem Verhältnis stehen die Hindernisse einer er- folgreichen Wirksamkeit zu den für die bestehenden Institute gewählten For- men der Gesellschaften kreditgebender Grundbesitzer, der Aktiengesell- schaften; welche Maßregeln äußern sich namentlich bei der einen oder andern Kategorie überwindend? VII. Welche Maßregeln können zur Beseitigung dieser Hindernisse im Wege der Gesetzgebung oder Verwaltung getroffen werden, sei es A. durch Begrenzung vorhandener Beschränkungen oder B. durch positive Anordnungen. VIII. In welcher Weise und in welcher Rich- tung ist event. eine Beseitigung der Staatsgewalt zu empfehlen: 1) durch Gewährung von Dotations-Kapitalien, Vorstufen oder Garantien, 2) durch Ertheilung besonderer Befugnisse, vornehmlich a) durch Befreiung des Rechts zur Ausgabe unpfändlicher Noten, b) durch Erweiterung der De- positfähigkeit, c) durch Gestattung von Prämien-Ausloosungen, 3) durch Gründung eines Central-Instituts, oder auch andere, eine centrale Verein- gung der verschiedenen Institute bezweckende Einrichtungen, 4) durch ge- staltete Anlehnung der Institute an den Organismus der Staatsbehörden, 5) durch ausgedehntere Mitwirkung bei der Verwaltung der Institute; IX. Ist die Beseitigung der Staatsgewalt bei der Einrichtung von Bank-In- stituten den einzelnen Bundesstaaten zu überlassen, oder ist Seitens des norddeutschen Bundes selbst die Initiative zu ergreifen? X. Worin sind die Ursachen zu suchen, aus welchen in einzelnen Theilen des Bundesgebietes ein Bedürfnis nach solchen Instituten angeblich nicht hervorgetreten ist; liegt der Grund davon namentlich A. in eigenthümlichen Verhältnissen des Verkehrs oder des Grundbesitzes, oder B. in einer entwickelteren Geset- zgebung, welche den Individualhypotheken den Zutritt der Kapitalien erhal- ten hat? Wöchte es der Staatsregierung gelingen, auf dem betretenen Wege die äußerst schwierige, aber brennende Frage der Kreditnoth des Grundbesitzes zu einem günstigen Ergebnis zu führen!

Das erste Verzeichniß der bei dem deutschen Zollparlament ein- gegangenen Petitionen umfaßt 35 Anträge. Erwähnenswerth sind dar- unter: 1) der Vorstand der Land- und Forstwirthe in Höchst überreicht eine Denkschrift über die Branntweinbrennerei-Steuerfrage, worin die Bitte ausgesprochen wird: „bei Vorlage eines Branntwein-Steuergesetzes dem bisherigen Systeme der Besteuerung des Maßbrenns die Zustimmung zu versagen und die Steuer in irgend einer geeigneten Weise auf das fertige Produkt zu legen“; Tabakinteressenten aus der Untermark bitten um Ab- lehnung resp. veränderte Annahme der Regierungsvorlage in Bezug auf Tabaksteuer und beantragen, event. folgendes Verhältniß festzuhalten: „Wird der ausländische Tabak mit 6, resp. 8, resp. 10 Kr. pr. Ctr. besteuert, so kann der preussische Morgen 7, resp. 8, resp. 12 Kr. tragen.“ Der Verein westpreussischer Landwirthe überreicht eine Denkschrift über die Ver- derblichkeit der Eisenzölle, mit dem Antrage, „daß die Einfuhr von Roh- und Bruchstein frei gegeben und wenn finanzielle Bedenken einer sofortigen Zollbefreiung entgegenstehen sollten, gleichzeitig mit einer Ermäßigung des Zolles auf die Hälfte (3½ Kr. vom Centner) der Termin der vollständigen Aufhebung des Zolles festgesetzt und in nicht zu ferne Zeit hinaus- geschoben werde.“ Die obdunburgerischen Eisenhütten-Gesellschaft zu August- sehn überreicht eine Denkschrift: „Aufhebung des Roheisenzolles“ und bean- tragt: 1) gänzliche Aufhebung des Roheisenzolles; 2) daß — so lange noch ein Roheisenzoll bestehen bleibt — bei dem zur Verarbeitung für das Aus- land eingehenden Roheisen der Zollbetrag nicht mehr auf das Gewicht des darats angefertigten Fabrikates beschränkt, sondern auf das Gewicht des noch ein dem Abbrande entsprechenden Prozentsatz hinzutreten solle, wie es bei den Lieferungen zum Zollvereinsländischen Schiffsbau bereits geschieht. — Fabrikanten von Maun zc. in Neuglück bei Eisleben und am Rhein bitten, zum Schutze der Maun-Industrie die Aufhebung des Maunzolles nicht plötzlich und unvorbereitet eintreten zu lassen, den Maunzoll vielmehr von 20 auf 15 Sgr. zu ermäßigen und der Maun-Industrie den verhält- nismäßigen Schutz nicht zu verweigern, welcher nach den Vorschlägen der Regierungen der Zollvereinsländer gewährt werden soll. — Porzellanfabri- kanten in Altwaasser bitten, bei der bevorstehenden Revision des Zolltarifs zum Schutze der deutschen Porzellanindustrie den Eingangszoll auf österreichisches Porzellan zu erhöhen. — Peter Knöden und Genossen und Krummich in Niedersach bitten, dahin zu wirken, daß der Zoll auf deutsches Steingut bei seiner Einführung in Frankreich aufgehoben und so die Gegenseitigkeit in dem deutsch-französischen Handelsvertrage durch gegen- seitig frei gegebene Einfuhr aller dem Potteriesache angehörender Gegen- stände hergestellt werde. (Der Petitions-Kommission überwiegen.) — Herr Heyse in Schwerin a. W. überreicht eine Schrift „die Hülfe der Provinz Preußen“ mit der Bitte, die darin zur Linderung des durch die russische Grenzsperrung verursachten Nothstandes angegebenen Wege in Erwägung zu ziehen. (Der Petitions-Kommission überwiegen.)

Zollparlament. 7. Sitzung. (Schluß.) Korreferent Abg. Freiherr v. Thüngen: Mein Antrag steht im Gegenjah zu dem des Vorredners, ich verkenne nicht seine Tragweite und weiß, wie leicht er mißverstanden werden kann. Ich will offen und wahr sprechen, wozu nicht die Absicht, zu verlegen, sondern die unabwendbare Nothwendigkeit zwingt. Ich kann nicht verhehlen, daß man in Süddeutschland bei der großen Masse des Volkes den Anschluß an den Norden nicht wünscht, weil man für seine Selbstständigkeit und seine Dynastien fürchtet. Wir Gebildeteren wissen recht gut, daß jeder Schlag gegen Preußen auch uns trifft und stehen daher fest auf dem Boden der Verträge und sind gern bereit, bei irgend einer Gefahr von Außen an Ihrer Seite zu kämpfen und zu bluten. Stellen wir uns aber auf der einen Seite auf den Boden der Verträge, so thun wir es auch auf der andern Seite. Durch die Adresse wird uns etwas zugemuthet, das über unser Mandat und die uns zustehende Befugnis geht. Ein in der Adresse kundgegebener Wunsch ist so gut als eine Zbat, zu der Europa aufhauht. Wir sind keineswegs als die Vertreter Süddeutschlands zu betrachten, da uns nur ein bestimmter Auftrag gewor- den. Auch wir fühlen das Bedürfnis nach einem Anschluß, aber nur auf dem Wege der Verträge. Wir wollen endlich unsere Aufgabe erfüllen und sind gern bereit, freundschaftliche Beziehungen hier anzuknüpfen, aber stören Sie nicht das Wachsthum dieser zarten Pflanze der Freundschaft. Ich be- streite die Kompetenz der Süddeutschen zur Annahme einer Adresse und selbst der Majoritätsbeschluß kann in dieser Beziehung nichts bedeuten. Als Vertreter Süddeutschlands können nicht diejenigen angesehen werden,

welche der Adresse zustimmen. Ich glaube nur das Unabweisbare gesagt zu haben. Uns liegt eben so sehr, als Ihnen, die Eintracht Deutschlands am Herzen. (Beifall.)

Der Präsident theilt mit, daß das Loos dahin entschieden habe, daß für die Tagesordnung der Abg. v. Blandenburg, gegen dieselbe der Abg. Bluntschli sprechen werde. — Abg. v. Blandenburg hält es eigent- lich, gegenüber den beiden letzten Rednern, gar nicht einmal für notth- wendig, für die einfache Tagesordnung zu sprechen. Er glaube, der Ab- geordnete v. Blandenburg habe die Gefahr zu groß erblickt und die Eile zu gewaltig gehabt. Mit Rücksicht auf die Antragssteller glaube er jedoch den Antrag auf Tagesordnung noch befürworten müssen. Er hoffe, die Antrag- steller würden seinen Antrag unterstützen, denn er halte den Adressantrag für einen Irrweg, für eine Sackgasse. Er könne nicht, wie der An- trag des Abgeordneten Reichensperger, die Inkompetenz des Hauses so weit ausdehnen. Hätten die Süddeutschen es für opportun gehalten, eine Adresse zu erlassen — und warum sollten die Schwaben denn das nicht einem Fürsten, dessen Vorfahren so oft den deutschen Namen vom schwä- bischen Fels bis zum nordischen Meer getragen, — dann hätte auch er dafür gestimmt. — Unter den jetzigen Verhältnissen wurde aber, wenn die Adresse von der Majorität angenommen, nichts erreicht, und wenn die Minorität, die Süddeutschen, hier unterliegen, würde ihnen dadurch in Süddeutschland ein Sieg bereitet werden. Daß es zu einer politischen Debatte komme, dafür habe schon der Abg. Dr. Braun zur Genüge gesorgt, wenn gleich er dadurch auch eine parlamentarische Niederlage erlitten habe. Durch eine einfache Tagesordnung könne man nicht mit seiner Meinung prälabirt werden und was den nationalen Gedanken anbetreffe, auf welchen die mo- tivirte Tagesordnung Bezug nehme, so verweise er auf den neben ihm stehenden Abg. v. Schweiger, dessen Idee vom nationalen Gedanken weit über den Elsaß und Lothringen hinaus gehe. Die deutsche Nation sei ein freilebendes, ein Kultur-Volk, dem nicht nach Eroberung gelaste. Bon zwei Uebeln wolle er lieber das kleinste wählen, und deshalb hier lieber keine Adresse beschließen, als den Staub der Parteieidenschaft in Süd- deutschland noch einmal aufzuwühlen. Lassen Sie alle Wünsche und alle Jugentreäume fallen; wenn die süddeutschen Brüder wollen, kann und Niemand hindern, zur Einigung zu gelangen. Lassen Sie uns endlich ein- mal praktisch werden und mit bloßen Redensarten aufhören. Gehen wir an unsere Arbeit; weg mit allem Schwindel! — Abg. Bluntschli (gegen die Tages-Ordnung): Es sei doch besser, ehe man abstimme, die Sachlage noch einmal in Erwägung zu ziehen. Er verweise zunächst auf den feier- lichen Moment der Eröffnung des Zoll-Parlaments am 27. April durch Se. Majestät den König. — Nachdem der Abg. Bluntschli noch gegen die Tages-Ordnung und für Erlass einer Adresse gesprochen, wird bei Ra- mens-Aufruf der Antrag auf einfache Tages-Ordnung mit 186 gegen 150 Stimmen angenommen. Dagegen stimmten die National-Liberalen, ein Theil der Freikonservativen und ein großer Theil der Altliberalen. Der Abg. Kantel enthielt sich der Abstimmung.

München, 4. Mai. Der letzte Akt der Schandkomödie Chorinsky, der hier in München spielen soll, wird voraussicht- lich das Interesse des Publikums noch in gesteigertem Grade ver- vorrufen, da die Vertheidigung sich bemühen wird, den Beweis dafür anzuführen, daß der gräfliche Klient wegen Unzurechnungs- fähigkeit resp. Geistesstörung von der schweren Anklage der Auf- reizung und des Einverständnisses mit der Mörderin zu entlasten sei. Es sollen zu diesem Zwecke die umfassendsten Zeugenberufun- gen angeordnet sein; zur Deckung der Kosten hierfür soll allein eine Kaution von 5000 fl. zu erlegen sein, da auch aus Ungarn mehrere Zeugen, Lehrer u. A. nach München vorzuladen seien. Auch sämtliche Effekten, die bei der Wiener Gerichtsverhandlung gebraucht wurden, die aus dem Nachlasse der Gräfin Mathilde Chorinsky herrührenden Gegenstände, sowie die Abschriften sämt- licher Verhandlungsprotokolle, werden an das hiesige Bezirksgericht abgeliefert, um in der Untersuchung gegen Graf Gustav Chorinsky verwendet zu werden. Die erste Sitzung des Schwurgerichtshofes in dieser Sache wurde auf den 17. Juni anberaumt und werden die Verhandlungen 5 Tage in Anspruch nehmen. Nicht nur von Seite der Einheimischen ist die Nachfrage nach Eintrittskarten in den selber nicht sehr geräumigen Saal groß, sondern auch Blit- schreien aus anderen Städten um Vergünstigung solcher Karten mehren sich täglich. — Gestern Nacht erschoss sich in seiner Woh- nung, in der Amalienstraße, unsern der Bekanntschaft der vergifteten Gräfin Chorinsky, der quiesciete preussische Regierungsrath, Hr. v. Rumohr, der seit einigen Jahren hier lebt, vermutlich in Folge unheilbaren körperlichen Leidens.

München, 7. Mai. Der König hat den Kriegsmini- ster unter Anerkennung der Verdienste desselben um die Reorgani- sation der Armee zum lebenslänglichen Mitgliede des Reichsrathes ernannt.

Ausland.

Wien, 7. Mai. Das Herrenhaus nahm das Geset in Betreff der Einrichtung politischer Verwaltungsbehörden mit un- wesentlicher Modifikation in der Fassung des Abgeordnetenhauses an. — Das Abgeordnetenhaus begann heute die Debatte über das die Freilegung der Advokatur betreffende Gesetz. Der Justizminister beantragte die Annahme des Gesetzes. Morgen Fort- setzung der Debatte.

Osag, 7. Mai. Die erste Kammer hat mit 26 gegen 11 Stimmen beschlossen, den Antrag auf eine Adresse an den König in Erwägung zu ziehen. — Der Minister des Innern hat der Kammer die Mitteilung gemacht, daß ein geachteter Staatsmann (van Renen) mit der Bildung eines neuen Kabinetts beauf- tragt worden sei.

Paris, 6. Mai. Die „Alliance Israelite“ hat den Jour- nalen Mitteilung gemacht von einer Note Olesko's an den öster- reichischen Generalkonsul vom 21. April datirt, in welcher die Vorgänge in Boken in milderem Lichte dargestellt werden, sowie auch von der Antwort des Generalkonsuls, welcher in derselben die stattgehabten Verfolgungen genauer feststellt und energische Maß- regeln zur Abhilfe verlangt. — Der „Konstitutionnel“ sagt, daß in der Motion des Herzogs von Uff dieselbe Doktrin und diesel- ben Bestrebungen verborgen seien, welche der Adressentwurf ent- halte. Hoffentlich werde die Majorität des Zollparlaments weise genug sein, um sie noch zu stark ausgeprägt zu finden. Nichts- destoweniger ist die Motion ein Zeichen für die verfehlte Stim- mung, welche sich in der für die Majorität so wichtigen Stellung kundgibt.

Im Senate war heute die Debatte über das Pressgesetz eine lebhaft. Dainvilliers stellte den Antrag, das Gesetz zurückzuschicken, da es nicht liberal genug sei. Er wünsch die Gefängnisstrafe gestrichen zu sehen und verlange eine Special-Jury für Presssachen. — De la Guéronniere beantragte die Annahme des Gesetzes und erhob Protest gegen die Zurücksendung desselben, durch welche der Absicht des Kaisers ein Hinderniß in den Weg gelegt würde. — Morgen Fortsetzung der Debatte.

Wie in Deputiertenkreisen verlautet, ist zwischen der Budgetkommission und der Regierung noch über verschiedene Fragen keine Einigung erzielt worden. Dahin gehören die von der Regierung geforderten Gehaltssteigerungen für die Admirale und Generale; ferner die Zahl der neu anzufertigenden Gewehre, welche die Kommission von 1,600,000 auf 1,200,000 reduziert wissen will.

Paris, 7. Mai. Graf Müllner, Botschafter bei der kaiserlichen österreichischen Botschaft, geht als österreichischer Gesandter nach Stockholm. Derselbe war anfänglich für den Gesandtschaftsposten in Bern bestimmt gewesen.

Paris, 7. Mai. Es wird berichtet, daß die Garantie-Mächte von Rumänien gemeinsam die Leistung eines Schadenersatzes für die verfolgten Israeliten in Bukarest beantragt haben.

Paris, 7. Mai. Gutem Vernehmen nach sind die Differenzen zwischen Frankreich und Tunis jetzt auf dem Wege der Ausgleichung; von der Absendung von Kriegsschiffen nach Tunis ist vorläufig wieder Abstand genommen. — Die Mitteilung, daß der neu ernannte russische Botschafter Graf Stadelberg erst nächsten Monat hier eintreffen werde, bestätigt sich nicht; derselbe wird bereits heute erwartet.

Die „France“ dementirt die Nachricht von der Inkorporation auf französischem Boden verweilender hannoverscher Refugees in die Fremden-Region und deren Transport nach Algier.

Der „Constitutionnel“ citirt den „Moniteur d'Armee“ für die Richtigkeit seiner Behauptung, daß die Initiative in der Reduktion der Militärkräfte von der französischen Regierung ergriffen worden sei, welche Ende März 14,000 Mann beurlaubt habe. Das Blatt macht den Zusatz: „So ist die von der „Kreuzzeitung“ an Frankreich gerichtete Einladung zur Nachfolge ohne Gegenstand, so wie die Fiktion, welche Frankreich von der „Times“ vorgehalten wird, ohne Grundlage.“

Nachdem bei Fortsetzung der Debatte über das Pressgesetz im Senate Saint Arnaud gegen die Vorlage gesprochen, trat Rouher für dieselbe auf und drang in den Senat, das Gesetz anzunehmen, damit so des Kaisers Versprechen vor dem Auslande sowohl, wie Frankreich gegenüber gehalten würde. Der Minister bezog sich in seiner Rede auf das Vorbild, das durch die liberale Gesetzgebung der Nachbarstaaten gegeben werde. Nachdem noch Saint-Beuve gesprochen, nahm der Senat den Pressgesetz-Entwurf mit 96 gegen 24 Stimmen an.

London, 7. Mai. Unterhaus. Die zweite und dritte Resolution Gladstones wurden in der heutigen Sitzung angenommen, nachdem der Staats-Sekretär des Innern Namens des Ministeriums erklärt hatte, daß die Regierung den Resolutionen ihre Zustimmung versage.

Kopenhagen, 7. Mai. Die heutige Mittheilung des „Dagbladet“ betreffend eine eventuelle Heirat des Kronprinzen mit der Prinzessin Louise von England wird von der „Berlingske Tidende“ als jeden Grundes entbehrend dementirt.

Kopenhagen, 7. Mai. Der Folketing nahm in Uebereinstimmung mit der Regierung das Freigemeindegesetz an, welches vorher eine Ministerkrise herbeiführen sollte.

Athen, 6. Mai. Der Kronprinz von Dänemark ist heute Nacht nach Konstantinopel abgereist.

Konstantinopel, 2. Mai. Der Kriegsminister wird nächstens die Garnisonen in Bulgarien und Bosnien, sowie an der griechischen Grenze in deren ganzer Ausdehnung inspizieren. — Der Patriarch von Konstantinopel, Solerga, brachte dem Sultan seinen Dank für die gütige Behandlung der Christen dar.

Pommern.

Stettin, 8. Mai. Von den pommerschen Abgeordneten stimmten gestern für Tagesordnung hinsichtlich der Adresse v. Arnim, Blankenburg, v. Blumenthal, v. Denzin, v. Schöning, v. Schröder, v. Seck, Stavenhagen, Wagener; dagegen: v. Hagemeister, Müller, v. Patow, Graf Schwerin.

Während der Thätigkeit des sogen. bleichen „Suppen-Comité's“ haben unter unmittelbarer Verwaltung resp. in Verbindung mit demselben 8 Küchen gestanden. Die erste derselben wurde am 3. Januar eröffnet, die beiden letzten (im Fürst Blücher und in Grabow) am 3. März geschlossen. In denselben sind im Ganzen 185,634 Quart Suppe verabreicht. Außerdem bestanden noch, indessen vollständig unabhängig von jenen acht, zwei Küchen in Zülchow und eine in Frauendorf. (In Zülchow ist die erste Küche am 31. Januar eröffnet und am 2. März, die zweite am 30. März geschlossen, die Frauendorfer Küche wurde am 13. Februar geschlossen.) Diese 3 Küchen verabreichten zusammen 13,472 Quart Essen.

Das nöthliche Fahrwasser zwischen der Probier Weid und dem Kibben wird von jetzt ab in der Weise bezeichnet werden, daß an den Enden und in den Krümmungen der Baggergräben zu beiden Seiten der Baggergräben Waasser ausgelegt werden und zwar an der Westseite schwarze und an der Ostseite weiße. Dazwischen wird nur die Westseite der Rinne durch Priden bezeichnet, während die Ostseite ohne weitere Bezeichnung bleibt. Im Uebrigen bleibt die Bezeichnung des Fahrwassers unverändert.

In Folge der im Innern Auslands aufgetretenen Rinderpest nach einer Mittheilung der kgl. Ostbahn-Verwaltung die Einfuhr von Vieh- und Rindhäuten sowie sonstigen Rohprodukten von Rindvieh via Eydysbühnen seitens der Regierung zu Gumbinnen untersagt, resp. unter folgenden Bedingungen gestattet. Die Häute müssen vollständig lufttrocken und in dieser Beziehung durch bestimmte Beamte auf der Grenzstation Birballen untersucht sein. Erst wenn diese Untersuchung erfolgt und die Häute den Bedingungen entsprechend befunden sind, ist die Einfuhr gestattet. Hörner werden nur zur Einfuhr zugelassen, wenn von den Stirnzapfen alle häutigen Theile vollständig entfernt sind.

Der Kaufmann Eduard Witte zu Pasewalk ist zum

Spezial-Agenten des zur Beförderung von Auswanderern nach überseeischen Häfen mit Ausschluß von Passagen konzeffionirten Bremer Hauses Carl Poltranz u. Comp. für den Umfang des Kreises Udermünde bestellt.

Der bisherige Hülfsprediger Rothberg in Bernsdorf ist zum Pastor in Sommin, Synode Bütow, der bisherige Diaconus und Rektor Golditz in Vublitz zum Pastor in Alt-Rötnitz, Synode Dramburg, ernannt. Beide sind in ihre Aemter eingeführt worden.

In Zülchow, Synode Stettin, ist der Lehrer Meschede, und in Penkun der Lehrer Schledermann unter Vorbehalt des Widerrufs angestellt.

Dem Rentanten der Treptower Landschafts-Departements-Kasse Martin Friedr. Henke zu Treptow a. N. ist von des Königs Majestät der Charakter als Rechnungsrath verliehen.

Zu Heringsdorf wird am 1. Juni cr. die bisher nur während der Saison eröffnet gewesene Telegraphen-Station mit beschränktem Tagesdienste dauernd in Betrieb genommen.

Das Sommertheater auf Elysium wird Sonntag, den 10. Mai d. J., eröffnet werden. Wie wir erfahren, hat Herr Theater-Direktor Hermann zahlreiche tüchtige Kräfte für die Bühne engagirt und wird in den ersten fünf Tagen alle neuen Kräfte dem Publikum vorführen. Die Stücke werden zum großen Theile Novitäten bilden und verspricht somit die Sommeraison des Theaters den Stettinern recht genussreiche Abende zu gewähren, zumal wenn der Himmel seinen Segen dazu giebt und uns mit heiterm, guten Wetter erquidet.

Der Handelsmann Fr. Knaack aus Sellin, welcher sich zum Zwecke des Kartoffelkaufs hier aufhält, besuchte am Samstag verschiedene vor dem Königsdamm belegene öffentliche Lokale und führte eine mit einem Riemen unter seinem Rock befestigte, mit Messingbügel versehene und verschlossene Geldtasche bei sich, in der sich größtentheils in Kassenanweisungen 520—530 Thaler und diverse Papiere befanden. Knaack ist nun nach seiner Angabe Nachts etwa um 12 1/2 Uhr auf dem Wege zur Stadt auf der Fahrstraße bei dem neuen Kirchhofe von zwei Männern angefallen, von welchen einer derselben ihm die Augen zugehalten, der andere dagegen den Riemen der Tasche durchschnitten hat, wonach beide mit ihrem Raube verschwunden sind. Am nächsten Morgen ist die Tasche, unten aufgeschnitten, ihres Geldinhaltes vollständig beraubt, von Leuten des Komitators Schubert beim Schwammentisch gefunden; die Thäter sind indessen bisher nicht ermittelt worden.

Von Herrn Wiemann, Redakteur der „Neuen Stettiner Zeitung“, geht uns folgende Entgegnung zu, der wir die Aufnahme nicht vorenthalten wollen.

Stettin, 6. Mai 1868.

An

die Redaktion der „Stettiner Zeitung“.

Die „Stettiner Zeitung“ brint in Nr. 208 vom Montag einen gegen die „Neue Stettiner Zeitung“ polemirenden Artikel, welcher, soweit darin meiner Person erwähnt wird, mich zu folgenden thatsächlichen Berichtigung nöthigt. Es heißt in dem gedachten Artikel:

„Was namentlich die „Neue Stett. Ztg.“ anbelangt, so brachte dieselbe mehrere Artikel, welche unsern Redakteur nöthigten, den Chef-Redakteur der „Neuen Stett. Ztg.“ wegen Verleumdungen zu belangen. Auf das Versprechen des Chef-Redakteurs der „Neuen Stett. Ztg.“ vor dem Schiedsmann, daß verglichen nie wieder in seinem Blatte vorkommen solle, nahm unser Redakteur die Klage zurück“ u. s. w.

Hierauf sehe ich mich veranlaßt, Folgendes zu erwidern: Es sind, wenn ich nicht irre, etwa drei Jahre her, als ich zu meiner Ueberraschung eines Tages auf eine Klage des Herrn Grafmann eine Citation vor den Schiedsrichter erhielt, weil der gedachte Herr sich durch ein Inserat im Anzeigenheil der „Neuen Stett. Ztg.“ beleidigt glaubte. Für den, der mit den Verhältnissen einigermaßen bekannt ist, wird es nicht erst der Versicherung bedürfen, daß ich der betreffenden Annonce persönlich ganz fremd stand. Obwohl der beleidigende Charakter derselben im Sinne des Gesetzes mir zweifelhaft war — im andern Falle würde sie schwerlich von der Expedition angenommen sein — auch bei einer etwa eingetretenen strafrechtlichen Verfolgung wohl der Einsender in erster Linie verantwortlich zu machen gewesen wäre, ward von mir doch die dargebotene Vermittlung des Herrn Schiedsmanns und zwar aus derjenigen Rücksicht allein angenommen, welche man dem Verletzten jederzeit schuldig ist. Unrichtig ist, daß eine Klage auf Grund eines von mir ertheilten besondern Versprechens zurückgenommen worden sei, vielmehr eröffnete mir der betreffende Schiedsmann im Voraus, daß Herr Grafmann nicht den gerichtlichen Weg zu beschreiten gewillt sei und sich mit dem Ausspruch des Bedauerns von meiner Seite befriedigt erklären werde. Unrichtig ist ferner, daß die „Neue Stett. Ztg.“ Herrn Grafmann durch „mehrere Artikel“ zu jener Klage veranlaßt habe. In die Lage, die „Stettiner Zeitung“ oder deren Herrn Redakteur zu „verleumben“ (1), kann ich schon aus dem Grunde niemals gerathen, weil die Gewohnheit der „Stett. Ztg.“ in ihren Erörterungen — wie auch der vorliegende Fall beweist — stets persönlich zu werden, jede sonst vielleicht recht erwünschte Polemik mir von selbst verbleibt.

Hochachtungsvoll

G. Wiemann,

Redakteur der „Neuen Stett. Zeitung“.

Wir bemerken dazu, daß die Thatsachen sich genau so verhalten, wie sie in unserm Artikel dargestellt sind, daß wir dagegen die Richtigkeit der Wiemann'schen Darstellung bestreiten müssen. Statt vieler nur ein Beweis: Herr Wiemann behauptet, er sei nie in die Lage gerathen, die „Stettiner Zeitung“ oder deren Redakteur zu verleumben. In Nr. 94 der „Neuen Stettiner Zeitung“ vom Jahre 1866, und zwar im redaktionellen Theile, hat sich nun Herr Wiemann erlaubt, unsre Zeitung, „ein von vorn schweisbedecktes, hinten ausschlagendes, verblüthungsreiches Sycophantenthum“ vorzuwerfen. Er ist hier also beispielsweise in die Lage gerathen, unsre Zeitung zu verleumben. Das schriftliche amtliche Zeugniß des Schiedsmannes, welches bei und zu Jedermanns Einsicht ausliegt, beweist überdies, daß unser Redakteur deshalb die Klage eingeleitet hat. Dies Beispiel möge zur Beurtheilung der Wiemann'schen Darstellung genügen.

Bermischtes.

Berlin. Eine der gefährlichsten Verbrecher-Kategorien Londons bilden die sogenannten Garottiers, Leute, die des Nachts im Dunkel einer hervorspringenden Straßenecke, eines Brunnens oder verglichen dem nächtlichen Wanderer auslauern, ihn mit einem kunstgerechten Schlag betäuben und dann ausplündern. Die große Gewandtheit und Sicherheit, welche der verhängnißvolle Schlag erfordert, lassen den geübten Garottier eine geachtete Stellung in der Londoner Verbrecherwelt einnehmen. Auch die Berliner Diebsindustrie hat in den letzten Jahren, gleichzeitig mit der Stadt selbst, einen solchen Aufschwung genommen, daß unsere Verbrecher ihren Kollegen in London und Paris fast wenig mehr nachsehen. Dieser allerdings bellagendwerthe Fortschritt hat auch in unserer jungen Verbrecher-Generation bereits eine Garottierschule herangebildet. Die Berliner Kriminalpolizei ist jetzt einem jungen, etwa 28 bis 29 Jahre alten, anständig gekleideten Mann mit dunklem Vollbart auf der Spur, der des Abends in einsamen Stadttheilen auf diese Art sein Wesen treibt. Unter irgend einem Vorwande knüpft er mit dem Vorübergehenden ein Gespräch an, und benützt dann eine günstige Gelegenheit, seinen Opfer jenen famosen Faustschlag unter das Kinn beizubringen, worin die Londoner Kollegen so große Fertigkeit erlangt haben. Dieser Berliner Garottier treibt seine Freiheit sogar so weit, sich in das Innere der Gebäude einzuschleichen, und dort seine Opfer zu erwarten, wie folgendes Beispiel beweist. Ein junger Mann, der in einem Hause in der Dresdenerstraße wohnt, ging an einem der letzten Abende noch spät auf den Hof. Plötzlich sprang ein Mann, der ganz der obigen Beschreibung entspricht, auf ihn zu; der Angegriffene erhielt einen Schlag unter das Kinn, und verlor die Besinnung. Bei seinem Wiederaufleben bemerkte er, daß ihm sein Portemonnaie geraubt war. Von dem Unbekannten war natürlich Nichts mehr zu sehen.

Schiffsberichte.

Swinemünde, 6. Mai, Vormittags. Angelommene Schiffe: Brutus, Borgwaldt; Hermine, Rebenberg von Sagnitz. Schnellpost, Derge von Sunderland. Amazon, Krühsel von Kopenhagen. Anna Regina, Köhn von Arnst. Anna Maria, Heber von Kiel. Catharina, Buß von Bremen. Normann (SD), Cave von London. Bistula (SD) von Reith. Raphael, Braun von Hartlepool; Ischt in Swinemünde. Familie, Duple von Middelbro. Pegasus, Mathisen von Arnst. Wind: N. Strom ausgehend. Barier 14 1/2 F.

7. Mai, Vorm. Sophie, Sörensen von Kopenhagen. Regulus, Borgwaldt von Hartlepool. Ceres (SD), Braun von Kiel. Stolf (SD), Ziemle von Kopenhagen. Goyo (SD), Rajon von Gull. Rembrandt (SD), Janßen von Amsterdam. Teutonia (SD), Tappe von Rostock. 2 Schiffe angeland. Wind: NW. Strom ausgehend. Barier 14 1/2 F.

Börsen-Berichte.

Stettin, 8. Mai. Witterung: schön. Temperatur + 11° R. Wind: ND.

An der Börse.

Weizen fest und höher, Schluß matt, per 2125 Pfd. loco gelber inländischer 99—105 R., bunter 93—104 R., weißer 105—110 R. bez., ungarischer 91—97 R., geringer 83—89 R., per 83—85 Pfd. Mai-Juni 98 1/2, 100, 99 1/2, R. bez. u. Ob., Juni-Juli 95 1/2, 96 1/2, 96 R. bez. u. Ob., Juli-August 93 1/2 R. nom., September-Oktober 80, 81 R. bez. u. Ob.

Kaogee höher bezahlt, pr. 2000 Pfd. loco 63—68 R., geringer mit Gernu 59—62 R., pr. Mai-Juni 62 1/2, 64 1/2, 63 1/2 R. bez. u. Ob., Juni-Juli do., Juli-August 59 1/2, 62 R. bez. u. Br., Septbr.-Oktober 57 1/2, 58 R. bez., 57 Ob.

Gafer fest, per 1300 Pfd. loco 36 1/2—37 1/2, R. bez. u. Ob., per Mai-Juni 37 R. bez. u. Ob., Juni-Juli 36 1/2, R. bez. u. Ob.

Erbsen Futter- 60—66 R., Rübsöl behauptet, 10 R. Br., Mai u. Mai-Juni 9 1/2, R. Br., 1/2 Ob., Sept.-Oktober 10 1/2 R. bez.

Spiritus etwas höher bezahlt, loco ohne Faß 19 1/2 R. bez., kurz Lieferung 19 1/2 R. bez., Mai-Juni 19 R. bez., Juni-Juli 19 1/2, R. bez., Juli-August 19 1/2, R. bez., Septbr.-Oktober 18 1/2, R. Ob.

Angemeldet. 30,000 Qrt. Spiritus, 100 Qrt. Rübsöl. Regalirungs-Preise: Weizen 100, Roggen 63 1/2, Rübsöl 9 1/2, Spiritus 19.

Berlin, 8. Mai, 2 Uhr 3 Min. Nachmittags. Staatsanleihe 84 1/2 bez., Staatsanleihe 4 1/2, 95 1/2 bez., Berlin-Stettiner Eisenbahn-Aktien 137 1/2 bez., Stargard-Potsdamer Eisenbahn-Aktien 93 1/2 bez., Oesterreich. National-Anleihe 54 1/2 bez., Pontin. Pfandbriefe 85 1/2 bez., Oberschlesische Eisenbahn-Aktien 185 1/2 bez., Amerikaner 76 1/2 bez.

Weizen pr. Mai 86, 87 1/2 bez., Roggen pr. Mai 62 1/2, 64 1/2 bez., Mai-Juni 62 1/2, 64 Ob., Juni-Juli 62 1/2, 64 Ob., Juli-August 60 1/2, 62 Ob., Mai-Juni 10 1/2, 1/2 bez., September-Oktober 10 1/2, 1/2 bez., Spiritus loco 19 1/2, 1/2 bez., Mai-Juni 19 1/2, 1/2 bez., Juni-Juli 19 1/2, 1/2 bez., Juli-August 19 1/2, 1/2 bez.

Hamburg, 7. Mai. Getreidemarkt. Für Weizen und Roggen loco stille, auf Termine höher. Weizen pr. Mai 5400 Pfd. netto 178 Banfshaler Br., 172 Ob., per Mai-Juni 169 Br. u. Ob., pr. Juli-August 160 Br., 159 1/2 Ob., Roggen pr. Mai 5000 Pfd. Brutto 122 Br., 121 Ob., per Mai-Juni 117 Br. u. Ob., per Juli-August 109 Br. u. Ob. Hafer stille. Rübsöl fester, loco 21 1/2, per Mai 21 1/2, per Oktober 23 1/2. Spiritus fest, 28. Kaffee fest. Zinse fest. Petroleum rapid steigend. Preise irregulär, Juni-Abladung ca. 10,000 Barrells verkauft. — Sehr schönes Wetter.

Amsterdam, 7. Mai. Getreidemarkt. (Schlußbericht.) Roggen auf Termine etwas höher, per Mai 255, per Juni 248 1/2, pr. Juli 241 1/2.

Stettin, den 8. Mai

Hamburg	6 Tag.	151 1/2 bz	St. Börsenhaus-O.	4	115 B
Amsterdam	2 Mt.	151 B	St. Schauspiel-O.	5	—
London	8 Tag.	143 1/2 bz	Pom. Chaussee-O.	5	102 1/2 B
Paris	2 Mt.	—	Used. Woll. Kreis-O.	5	—
Bremen	10 Tag.	6 24 1/2 bz	Pr. National-V.A.	4	—
St. Petersburg	3 Mt.	6 23 1/2 B	Pr. Soc.-Assicuranz	4	—
Wien	10 Tag.	81 1/2 B	Pomerania	4	115 B
Prussia Bank	2 Mt.	81 1/2 B	Union	4	105 G
Sta.-Anl. 54 57	4 1/2	—	St. Speicher-A.	5	—
St.-Schldsch.	3 1/2	—	Ver.-Speicher-A.	5	—
P. Präm.-Anl.	3 1/2	—	Pom. Prov.-Zuckers.	5	—
Pomm. Pfabr.	3 1/2	—	N. St. Zuckersied.	4	—
Rentenb.	4	—	Mesch. Zuckerfabrik	4	—
Ritt. P.P.B.A.	4	—	Bredower	4	—
Berl.-St. E.A.	4	—	Walsmühle	5	—
Prior.	4	—	St. Portl.-Cementf.	4	—
Starg.-P.E.A.	4 1/2	—	St. Dampfschlepp G.	5	—
Prior.	4 1/2	—	St. Dampfschiff-V.	5	—
St. Stadt-O.	4 1/2	99 1/2 G	Nene Dampfer-C.	4	93 B
			Germania	—	100 1/2 B
			Vulkan	—	125 bs
			St. Dampfmühle	4	108 B
			Pommerend. Ch. F.	4	—
			Chem. Fabrik-Ant.	4	—
			St. Kraftfabrik-F.	4	—
			Gemeinn. Bauges.	5	—